BSZ

Bochumer Studenten Zeitung

In dieser Ausgabe: Kritik an Entwicklungshilfe-Tagung (S. 3)
Die Diskussion über studentische Mitbestimmung geht weiter (S. 2)

10 Pf

Jahrgang 2 / 1968 | Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität | Nr. 18 / 30. Januar 1968

„Wir warten noch 14 Tage!"

Demonstration gegen Fahrpreiserhöhung erfolgreich – Schrammen am Amtszimmer

BOCHUM. (BSZ) — Die Demonstration der Schüler und Studenten gegen die Fahrpreiserhöhungen am Montag, dem 29. Januar, hatte politischen Erfolg: die Stadt Bochum wurde gezwungen, die Maßnahmen noch einmal zu überprüfen.

Zu den Berichten der BSZ in den vorigen Ausgaben gingen uns Zuschriften ein, in denen sich die Studenten über die Fahrpreise empörten. Wolfram Göpfert aus Duisburg schrieb z. B., daß er allein zwischen Hbf. Bochum und Universität im Monat 4,50 DM mehr bezahlen müßte, das sind im Jahr 50 DM. „Ich bin zu konstruktiver Mitarbeit bei Maßnahmen, die sich gegen die augenblickliche Preispolitik richten, bereit", schrieb uns der Jurastudent. „Ich bin der Meinung, daß wir uns eine solche Behandlung nicht gefallen lassen sollten", meinte Alfred Puck aus Bochum. „Man müßte geschlossen dagegen angehen, wobei es ja nicht zu solchen Ausschreitungen wie in Bremen zu kommen braucht."

Zu Ausschreitungen kam es nicht am Montag. Ein Versuch, einen leeren Bus umzustürzen, wurde von Ordnern noch verhindert. Dagegen blieben am Amtszimmer des Oberbürgermeisters nach einem Go-In einige Schrammen zurück.

Der Demonstrationszug bewegte sich gegen 12.30 Uhr vom Hauptbahnhof auf den Schienen Richtung Südring auf das Rathaus zu. Marschroute sollte dann die Kortumstraße sein, die Demonstranten bevorzugten aber weiterhin die Schienen, so daß der Verkehr am Rathausvorplatz bis 14 Uhr fast lahmgelegt war.

Oberbürgermeister Heinemann gab die üblichen Begründungen per Polizeilautsprecher bekannt, erntete aber nur Buh-Rufe. Zimmermann, Vorsitzender der Studentenschaft, stellte eine Frist von vierzehn Tagen, innerhalb deren konkrete Zusagen gegeben werden sollten.

Die Demonstranten (nach vorsichtiger Schätzung mindestens 2000) waren es jedoch nicht zufrieden. Am Hauptbahnhof forderte ABS-Mitglied und Fachschaftssprecher der Sozialwissenschaften, Rainer Duhm, ein definitiveres Angebot. Eine neue Delegation erreichte dann folgendes: der Vorstand der BoGeStra muß am Mittwoch dem Hauptausschuß des Rates berichten, für Donnerstag wurde der Aufsichtsrat telegrafisch zusammengerufen, die Landesregierung wird eingeschaltet.

Der Polizeipräsident, Graf von Hardenberg, stellte sich von vornherein gelassen auf die Aktionen ein; die Bevölkerung reagierte freundlich. Reinhard Zimmermann denkt nicht daran, die Sache aufzugeben: „Wir werden laufend dahinterhaken!"

Im Grunde sehen es die Verkehrsgesellschaften gar nicht so ungern, wenn die Anhalter ihre überfüllten Busse entlasten. An Kundenservice denken sie zuletzt.
BSZ-Bild (Hüper)

Assistenten formieren sich

BONN/LOCCUM (dpa). — Eine Bundesassistentenkonferenz steht vor der Gründung. Die Assistenten an den wissenschaftlichen Hochschulen der Bundesrepublik planen die Gründung einer Bundesassistentenkonferenz. Auf einer Arbeitstagung in der Evangelischen Akademie Loccum erklärten sich zehn Tagungsteilnehmer bereit, als „Vorbereitender Ausschuß für die Gründung einer Bundesassistentenkonferenz" in jedem Bundesland die Vorarbeiten zu übernehmen.

In einen vorbereitenden Ausschuß wurden elf Assistenten — je einer aus jedem Bundesland — berufen. Der „Vorbereitende Ausschuß" soll neben der Vorbereitung einer Bundesassistentenkonferenz, die bis spätestens zum 6. April 1968 einberufen werden soll, Vorschläge für die Sache erarbeiten und die Assistentenschaft vorläufig vertreten. Der „Vorbereitende Ausschuß" hat aus seiner Mitte Diethelm Conrad (Marburg) zu seinem Sprecher gewählt. Dr. Wolf Dieter Narr wurde zum Berater der Rektoren für eine neue Funktionsbestimmung der Assistenten benannt.

Zu der konstituierenden Versammlung der Bundesassistentenkonferenz sollen die Sprecher der 36 in der WRK vertretenen Hochschulen eingeladen werden, außerdem die Vertreter der als selbständige wissenschaftliche Hochschulen anerkannten Pädagogischen Hochschulen.

Austausch DDR–UdSSR

BERLIN (dpa) — Universitäten und Hochschulen der Sowjetunion und des anderen Teil Deutschlands werden in diesem Jahre jeweils 2000 Studenten zu Sommerpraktika austauschen. Eine entsprechende Vereinbarung wurde nach Mitteilung des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland" in Ost-Berlin unterzeichnet.

Neuß teasing

BOCHUM. (BSZ) — Der Berliner Kabarettist Wolfgang Neuß vergrämte sich Bochums Professorenschaft am Freitag, 26. Januar, im Parkhaus. Er trat dort während des alljährlichen Professorenballs auf. Statt der erwarteten Schmunzelwitze bot Neuß jedoch politisches Anti-Kabarett: Notstand, Vietnam und Professor Wenke. „Nur" 217 DM sammelten sich in dem Hut, den er zugunsten des Vietcong durch die Reihen gehen ließ. Prof. Schrimpf reagierte aggressiv: er hüpfe auf die Bühne und spendete Neuß eine original Dollar-Note — um daran zu erinnern, daß auch Neuß indirekt auf Kosten der Amis sich ernähre. „Ein schöner Striptease wäre maoistischer gewesen als so was", meinte der Germanist hernach.

Die Gesellschaft aber widmete sich nach immerhin doch höflichem Beifall und kurzer Diskussion („... hat keinen Kontakt zum Publikum gefunden") weiter den Walzerfreuden, die die Jazzband unter verzücktem „Aah"-Raunen zu intonieren hin und wieder imstande war, und sah zu, wie Prof. Reichardt und die geladenen Studenten an der Bierbar Beat tanzten. u. b. k.

Minister weisen Rektoren zurecht

Kultusministerkonferenz gibt Schwarzen Peter zurück

BERLIN. (dpa) — Die Kultusministerkonferenz wird in einer Sondersitzung im April Grundsätze für ein modernes Hochschulrecht und für die strukturelle Neuordnung des Hochschulwesens bestimmen. Die Kultusminister entschlossen sich auf der 120. Plenarsitzung in Berlin am 18./19. Januar zu diesem Schritt. In einer Erklärung der KMK heißt es u. a.:

„Die Kultusminister konnten davon ausgehen, daß die Länder und der Bund in gemeinsamer Anstrengung die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zügig verwirklicht und die für den Ausbau der wissenschaftlichen Hochschulen bis 1965 von ihm geforderten Leistungen erheblich überschritten haben. Die Stellen für wissenschaftliches Personal wurden von 1960 bis 1966 um mehr als hundert Prozent erhöht, die Gesamtausgaben für die wissenschaftlichen Hochschulen sind in der letzten Zeit weit über das Doppelte gestiegen. Demgegenüber wuchs die Gesamtzahl der Studenten von 1960 bis 1966 um 29 Prozent.

Dennoch hat sich die Studienzeit weiter beträchtlich verlängert. Die erhebliche Verbesserung der personellen und materiellen Ausstattung der Hochschulen ist also nicht in eine höhere Wirksamkeit des Studienganges umgesetzt worden. Einer der Gründe hierfür ist in der Tatsache zu suchen, daß die überkommene Struktur und Organisation der deutschen Hochschule für die Bewältigung der heutigen Aufgaben nicht ausreicht. Das Zahlenverhältnis von Lehrenden und Lernenden ermöglicht auch nach dem Urteil sachkundiger Professoren eine schnelle Verwirklichung der Studienform. Wenn daher die Godesberger Rektoren-Erklärung zur Hochschulreform mit dem Satz beginnt, daß die Zukunft der Universitäten von den Entscheidungen abhängt, die diese jetzt selber treffen, dann können die erwähnten Tatsachen nicht außer acht bleiben. Im übrigen ist die angestrebte Reform eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Hochschulen und bedarf des Zusammenwirkens aller Beteiligten. Die Erklärung der Rektoren wird daher von der Kultusministerkonferenz in die weiteren Beratungen mit einbezogen werden.

Die mit der Godesberger Rektoren-Erklärung bekanntgewordenen Ausführungen des Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz werden durch diese Erklärung selbst nicht gedeckt und drohen Mißverständnisse zu vermehren. Nicht erst seit dem Sommer 1967, sondern schon wesentlich früher wäre eine gemeinsame Stellungnahme der Universitäten zur hochschulpolitischen Lage wünschenswert gewesen. Der bei anderen angemahnten Besinnung darf sich die Hochschule selbst als Ort der Beunruhigung nicht entziehen. Sie kann nicht auf ihre Autonomie pochen und gleichzeitig Staat, Gesellschaft und Parteien entscheidend verantwortlich machen. Wer den Überdruß an der Wohlstandsgesellschaft als Grund für Provokationen nennt, sollte auch die zu langsam in Gang kommenden Reformen als Anlaß für die Beunruhigung weiter Teile der Studentenschaft sehen."

Student und Politik

MANNHEIM (dpa) — Das Institut für Sozialwissenschaften an der Universität Mannheim arbeitet gegenwärtig an einer Untersuchung, die sich mit der Einstellung der Studenten zur Politik und zu hochschulpolitischen Fragen beschäftigt. Die von der DFG finanzierte Untersuchung stützt sich auf die Befragung von rund 3000 Studenten an verschiedenen Universitäten der Bundesrepublik. Sie soll Ende Februar abgeschlossen werden.

Kein Deficit-spending

Der „Studenten-Anzeiger" behauptete in der letzten Ausgabe, für die BSZ würden 5000 DM aus den Sozialbeiträgen zugeschossen. Tatsächlich wurde im November diese Zahl vor dem SP genannt. Die Angaben bezogen sich damals aber auf eine Zwischenbilanz nach zehn Ausgaben. Inzwischen ergibt sich folgendes Bild: für 15 Ausgaben wurden alles in allem 21 074,91 Mark ausgegeben. Die Einnahmen beliefen sich auf netto 16 907,53 DM.

Der Rechnungsfehlbetrag wird aber nicht aus den Sozialbeiträgen genommen, sondern aus dem, was mit dem Universitätsführer erwirtschaftet wird. Von einem Deficit-spending kann keine Rede sein. Im übrigen sollten die Herren von der nationalen Rechten aus eigener Erfahrung wissen, was es heißt, alle vierzehn Tage über 1000 DM Insertionseinnahmen zu besorgen. Aber viel Mühe geben sie sich ohnehin nicht: sie recherchieren ihre Informationen nicht, sondern schreiben aus der Lokalpresse ab. Z. B. soll ihr „Reformvorschlag" für das Jurastudium ein Plagiat verschiedener in Fachschaft Jura vorgebrachter Ideen sein, wie die Fachschaftsvertreter berichteten.

Was aber die BSZ angeht: mit dieser Ausgabe haben wir begonnen, uns auf Rotation umzustellen. Gewinn: wir können schon heute berichten, was gestern noch passiert ist (BoGeStrA — Aktion). dr.

KUNST & BÜCHER-SCHEUNE

Bei Nachwahl mageres Ergebnis

BOCHUM. (BSZ) — Bei der Nachwahl zum Studentenparlament — der Sitz des Direktkandidaten und zeitweiligen Studentenschaftsvorsitzenden Ulrich Kurowski war vakant — in der Abteilung Philologie beteiligte sich nur ein Viertel der Studenten. Von ihnen erhielt der Kandidat des SHB rund 70 Prozent und ist damit gewählt; der RCDS erhielt die Reststimmen.

Wettbewerb erfolgreich

BOCHUM. (BSZ) — Bei dem Schriftstellerwettbewerb der Fachschaft Germanistik beteiligten sich 100 Teilnehmer. Die meisten sandten Lyrik ein: 70 Autoren schrieben 300 Gedichte. 31 Autoren schrieben in insgesamt 45 kleinen Prosa-Proben, von 5 kamen 6 Dialogstücke herein. Am 25. Januar legten die Initiatoren des Wettbewerbs die Einsendungen der Jury vor; die Auswertung soll bis zum 15. März abgeschlossen sein, so daß die Preisverleihung zu Beginn des SS 1968 stattfinden kann. Grundlage der Bewertung bildet ein Punktsystem von 0—20 Punkten; die Höchstzahl von 20 Punkten soll dabei nur den absolut guten (das heißt nicht, in Hinsicht auf andere eingesandte Arbeiten, die Unerfahrenheit der Verfasser o. ä. bewertete) und damit veröffentlichungswürdigen Arbeiten vorbehalten bleiben. Man darf aufs Ergebnis gespannt sein!

MUSIK-HALL DE PARIS
Ein Rendezvous mit französischen Stars von Funk, Film, Fernsehen
RUHRLAND-HALLE BOCHUM
Freitag, 2. Februar 1968, 20 Uhr
Vorverkauf ab sofort nur mittags in der Mensa
Sonderpreise für die Ruhr-Universität DM 3,— und 4,50

Durst löscht man mit Schlegel

Mehr Mittel für Hochschulen

Perspektiven der SPD zur Lage der siebziger Jahre

„Die neue Bundesregierung hat im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung durch die Erhöhung der Wissenschaftsmittel im Haushalt die Bedeutung der Forschung in der heutigen Gesellschaft anerkannt. Die heute in der Bundesrepublik für die Forschung insgesamt aufgebrachte Summe reicht jedoch noch nicht aus. Im weltpolitischen Rahmen können wir den Stand unserer Industrie, von dem der Lebensstandard jedes einzelnen abhängt, künftig nur sichern, wenn für Wissenschaft und Forschung ungleich mehr investiert wird als bisher. Das ist nicht nur eine Frage unseres Ansehens in der Welt, sondern — nach Meinung aller Experten — auch eine entscheidende Frage des zukünftigen politischen Rangs und Gewichts der Bundesrepublik. In der Förderung der Forschung werden wir Schwerpunkte zu bilden haben, wenn wir in der Welt wissenschaftliche Spitzenpositionen wiedererringen und halten wollen.

In diesem Zusammenhang ist die energische Reform der Struktur unserer Hochschulen von entscheidender Bedeutung. Sie wird seit Jahren von allen Seiten, insbesondere aber von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gefordert. Die Unruhe, die in den letzten Monaten die Studentenschaft erfaßt hat, ist nicht zuletzt auch das Ergebnis der Verzögerung der überfälligen Reform.

Die Freiheit von Lehre und Forschung, im Grundgesetz garantiert, soll unangetastet bleiben. Die Autonomie der Hochschulen kann jedoch weder die Abkapselung der Universität von der Gesellschaft noch die Erhaltung antiquitierter hierarchischer Strukturen im Forschungs- und Lehrbetrieb rechtfertigen.

Die Reform der Hochschulen muß Hand in Hand gehen mit der Ausweitung ihrer Kapazität im Lehrbetrieb. Es darf nicht geschehen, daß durch eine erfolgreiche Bildungswerbung die Zahl der Abiturienten wesentlich erhöht wird, diese jungen Menschen dann aber auf unseren Hochschulen keinen Platz für ihre auch im Interesse der Gesamtaufgaben erforderliche Ausbildung finden.

Bei der Lösung dieser Aufgaben darf man sich unter keinen Umständen von den großen Summen, die aufgebracht werden müssen, abschrecken lassen. Der Öffentlichkeit kann klargemacht werden, daß sich diese Beträge auf viele Jahre verteilen und bei einem wachsenden Bruttosozialprodukt leichter zu bewältigen sind. Im übrigen gilt hier, was schon für die Bildung im allgemeinen gesagt wurde: Von der Förderung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung hängt im entscheidenden Maße unsere weitere wirtschaftliche Entwicklung, damit die Sicherung der Vollbeschäftigung und die Verbesserung des Lebensstandards einschließlich der Renten ab."

DR·HAMMER
Mayonnaise
je öfter-je lieber!

SP tagt permanent

Das Semester neigt sich langsam dem Ende entgegen — und die alte Krankheit aller Parlamente scheint auch das SP der RU zu erfassen: man tagt beinahe in Permanenz, sowohl in den Ausschüssen als auch das SP selbst. Es bleibt kaum noch Zeit, die Sitzungen (allwöchentlich dienstags, 19.30 Uhr, Hörsaal A II) einigermaßen vollständig vorzubereiten. Das Wichtigste der beiden letzten Sitzungen (10. und 11. o. Sitzung) in Stichworten:

Zum vierten Vorstandsmitglied wurde Herr Gerhard Huck, Student der Geschichte und Politologie, gewählt. Er nimmt sich in der Hauptsache der Öffentlichkeitsarbeit an.

Am 16. Januar war der Rektor Gast des SP; er erläuterte kurz seine Senatsvorlage zum Berufungsverfahren und stellte sich dann eine Stunde lang den Parlamentariern zur Befragung — die erhaltenen Auskünfte werden dem Gegenentwurf einer Verfassung für die RUB nützlich sein, der bis zum 30. Januar von einem Gremium erarbeitet wird.

Die Finanzprüfung der beiden letzten Vorstände (Zöpel, Kurowski) wurden den Herren Genß, Haferburg und Thiel übertragen. Mit dem Ergebnis ist Anfang des SS 68 zu rechnen.

Der SP beschloß bei der am 24. Januar stattfindenden Podiumsdiskussion „Bochumer Reform auf dem Holzweg?" als Mitveranstalter aufzutreten.

Es ist eine Haushaltsrahmenordnung erarbeitet worden. Damit wurde der erste Satzungsauftrag erfüllt.

Es haben sich zahlreiche Änderungen in der Zusammensetzung des SP ergeben. Hier die derzeitigen Mitglieder des SP:

ABS: Bussiek, Duhm, Ermrich, Klatt, Pohl
BDV-WG: Buchmann, Genß, Heppner, Vossiek
GUNST: Dallmeier, Schramm, Stephan
LuS: Hahn, Turk
SDS: Bock, Janssen, Kopp, Machenthun
SHB: Friedel, Jackel, Hüper, Frl. Schröder, Valdix
„WUS": Baltes, Frl Hiltenkamp
Unabhängig: Dohle, Frl. Evers, Gilbert, Frl. Klammer, Frl. Langewellpott, Nimscholz, Schneider, Versteyl, Wiedeking

Es fand eine Studiendebatte im SP statt (Dauer 3½ Std.). Die Ergebnisse werden im Bericht über die Studiensituation an der RU von Herrn Klatt verwertet werden.

Das SP fordert die Senatskommission für Studienordnungsfragen auf, Punkt III, 2, der Godesberger Rektoren-Erklärung zu verwirklichen. Prüfungen sollen grundsätzlich öffentlich sein, allerdings sollte auf Antrag des Prüflings die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Die Prüfungsfragen der schriftlichen Prüfungen sollen veröffentlicht werden; außerdem soll dem Prüfling in seine korrigierte Arbeit grundsätzlich Einblick gewährt werden. Auf Wunsch des Prüflings sollte auch ein Dritter Einblick haben dürfen. Weiterhin sollen Prüfungsarbeiten öffentlich besprochen werden.

B. Schneider

Burghard Schneider hat sich zum bisher energischsten Sprecher des Parlaments entwickelt. (BSZ-Bild Hüper)

Mensur abgelehnt

BERLIN. — Der Konvent der FU Berlin beschloß mit großer Mehrheit, die Zulassung des Korps Lusatia-Leipzig und des Korps Guestphalia-Berlin als studentische Gemeinschaften in der FU abzulehnen. Zur Begründung wurde darauf hingewiesen, daß beide Korps studentische Verbindungen seien, die das Schlagen von Mensuren als Erziehungsmaßnahmen bewerteten. Ein Sprecher der Verbindungen kündigte eine Klage beim Verwaltungsgericht an.

wywiss
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote · Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 · Ruf 61423

Preisfrage: Was ist ein „Weltanschauungsprofessor"

Wirtschafts-Fakultät lehnt Mitbestimmung kategorisch ab

BOCHUM. (BSZ) — Die Senatsvorlage des Rektors zum Berufungsverfahren hat inzwischen mehrere Stellungnahmen herausgefordert. Die Abteilung für Wirtschaftswissenschaft lehnt „die Senatsvorlage mit Nachdruck ab"; gleichzeitig spricht sich die Fakultät auch kategorisch gegen den sogenannten „Vorschlag Bochumer Juristen" aus, der eine paritätische Mitwirkung der Studenten und Assistenten, notfalls sogar das Vetorecht, vorsieht.

Dagegen hat der Jurist Prof. Lutter vorgeschlagen §§ 37 und 66 der vorläufigen Verfassung zu ergänzen: „Zu den Angelegenheiten der nichthabilitierten wissenschaftlichen Beamten und der Studentenschaft gehören in jedem Falle die Beratung und Beschlußfassung über Berufungsvorschläge."

- Prof. Lutter empfiehlt außerdem eine
- Abkehr von milder akademischer Sitte:
- der Rektor soll jeweils zu Beginn des
- Wintersemesters einen Rechenschafts-
- bericht abgeben, der im Konvent (gro-
- ßer Senat) diskutiert wird.

Die Fachschaften der Abteilung III und V lehnen zwar die Begründungen der Senatsvorlage des Rektors in mehreren Punkten ab, stimmen ihr aber im Prinzip zu. Nur soll über Berufungen eine Fakultätskommission befinden, der Senat soll sich an diese Beratungen gebunden fühlen.

Strittig erscheinen den Wortführern weiterhin angebliche politische Implikationen der Hinzuziehung von Studenten. Selbst Prof. Lutter rückt vorsichtig von seiner grundsätzlichen Bereitschaft wieder ab: „Dabei ist offenbar, daß diese Kräfte versuchen können, unter parteipolitischen Gesichtspunkten Einfluß auf die Berufungsentscheidung zu gewinnen." Aber; „... dürfte kaum je entscheidungserheblich werden."

Während Prof. Lutter immerhin die sogenannte „Sachentscheidung" nicht mehr in Frage stellt („Die Vertreter der Assistenten- und Studentenschaft können bei Beurteilung der Lehrbefähigung eines künftigen Ordinarius nicht nur kontrollierend, sondern auch sachkompetent mitwirken"), steuern die Wirtschaftswissenschaftler selbst in dieser Frage harten Gegenkurs: „Im Hinblick auf die Assistentenschaft wird häufig ungeprüft eine sachliche Kompetenz zur Beurteilung wissenschaftlicher und pädagogischer Leistungen unterstellt."

Und was die Studenten betrifft, kommt die Wirtschaftsfakultät zu dem verblüffenden Ergebnis: „Die Berufungen würden Gegenstand des politischen Prozesses, die Universität wäre mit ‚Weltanschauungsprofessoren' belastet."

A. W. Michael jr.

Akademisch-artig angehört

Hans-Böckler-Kreis ließ DDR-Professoren über Bildung sprechen

BOCHUM. (BSZ) — Der Hans-Böckler-Kreis hatte ihn eingeladen: Professor Uhlig von der Karl-Marx-Universität, renommierter Pädagoge. Arges mußte befürchtet werden, hatten doch rechtsradikale Störtrupps tags zuvor eine ähnliche Veranstaltung an der Uni Münster als Racheakt für eine gestörte von-Thadden-Schau gesprengt.

Doch solche Unbill wurde ihm in Bochum nicht zuteil: 200 Zuhörer, zumeist Philologen und Pädagogen, hörten artig-akademisch, wenn auch skeptisch, sein Referat über Grundzüge sozialistischer Bildungspolitik in der DDR.

Erste Überraschung: kein Bilderbuchkommunist, sondern ein liebenswürdiger, gepflegter Mittvierziger trägt selbstbewußt seine Thesen vor; auch der leicht sächsische Tonfall führt nicht zur Assoziation: sächsisch = böser Bube Kommunist.

Zweite Überraschung: Nicht eine Polemik im Vortrag, keine sachfremden Pflichtübungen über den ausbeuterischen Monopolkapitalismus.

Hier die von ihm vorgetragenen Grundsätze: 1. Bildungsfragen sind Machtfragen. 2. Es gibt keine Erziehung ohne Parteilichkeit. 3. Alle Glieder der Gesellschaft sind allseitig zu bilden, um a) die Entwicklung der Wirtschaft voranzutreiben, b) zu einer „kulturvollen" Entwicklung der Gesellschaft zu gelangen und c) alle Menschen in die Lage zu versetzen, aktiv am politischen Leben teilzunehmen. 4. die schöpferischen Anregungen der Jugend sind auf allen Ebenen des Staates und der Wirtschaft gebührend zu berücksichtigen.

In der Diskussion redete man auf weiten Strecken aneinander vorbei. Solange es um Schultypen und Bildungswege ging, verstand man sich, sobald es aber „politisch" wurde, war die Verständigung gestört. Als Uhlig schließlich die besondere deutsche Situation, die Existenz zweier deutscher Staaten und die Spannungen zwischen ihnen als Grund für bestimmte Entwicklungen im DDR-Bildungssystem nannte, tönte ihm im Chor ein „Sachlich bleiben!" entgegen.

Daß die eindeutigen politischen Realitäten in Deutschland auch Auswirkungen auf die Bildungspolitik gehabt haben und noch haben, diese bittere Wahrheit wollte man nicht hören. Dennoch spendete man reichlich Schlußapplaus.

Der HBK will im nächsten Semester seine Begegnungen mit DDR-Wissenschaftlern fortsetzen. Seine Devise: „Im ständigen Dialog bleiben!" sollten auch andere studentische Gruppen aufgreifen. Vielleicht tragen diese Begegnungen dazu bei, die Berge des Mißtrauens und der Mißverständnisse, die sich zwischen Deutschland und Deutschland aufgetürmt haben, ein wenig abzutragen.

H. M.

Streichsextett

BOCHUM. (BSZ) — Zu einem Streich-Sextett ist die Senatskommission für Strukturfragen (der jetzt auch je ein Vertreter der Assistenten und Studenten angehört) wiederum geworden. Sie prüft erneut die Liste der im Jahre 1969 zu besetzenden Lehrstühle auf Prioritäten. Sie geht dabei von den Voraussetzungen aus, daß die Mittel für den wünschenswerten Ausbau der Lehre und Forschung (Planziel 41 Lehrstühle) 1969 von der Landesregierung nicht gewährt werden können. Auf der Tagesordnung steht noch die Einrichtung eines interdisziplinären Instituts für Sozialrecht und der Ausbau einer Sektion für Kommunikationswissenschaft. Der Senat tagt am 5. Februar.

dr.

Wieder Streit mit KSG?

BOCHUM (SBZ) — Wie aus den Mitteilungen des studentischen Teams der KSG hervorgeht, sind neue Auseinandersetzungen mit dem bischöflichen Generalvikariat zu erwarten. Dort heißt es: „Obwohl die Bochumer Universitätspfarrei juristisch und pastoral eine Sonderstellung einnimmt, sieht sich die juristische Abteilung des Essener Generalvikariats nicht im Stande, alle katholischen Studenten an den Kirchenvorstandswahlen teilnehmen zu lassen. Wählen dürfen nur Studenten, die 21 Jahre alt sind und mindestens ein Jahr im Bereich der Querenburger Gemeinde leben.

Auf Veranlassung der Gemeindeversammlung wird ein Gegengutachten angefertigt. Das Team der KSG bat den Generalvikar, die Wahl bis zur Entscheidung aufzuschieben."

Andernfalls wird das Team dazu auffordern, die Wahl zu boykottieren.

Noch kein Plan

DÜSSELDORF (dpa) — Die Universität Düsseldorf soll nach den Vorstellungen der Landesregierung für eine Kapazität von 6000 Studenten ausgebaut werden. Das Kultusministerium schätzt die Kosten auf rund 400 Millionen Mark. Es ist vorgesehen, 2100 Studenten der Medizin und der Zahnmedizin und je 1950 Studenten der Natur- und Geisteswissenschaften aufzunehmen. Die Neubauten sollen in der Reihenfolge Vorklinische Medizin, Naturwissenschaften, Geisteswissenschaften errichtet werden. Ein genauer Zeitplan liegt noch nicht fest.

Leichte Verschiebung

KÖLN (dpa/BSZ) — Nur leichte Verschiebungen ergab die Neuwahl zum Studentenparlament der Universität Köln. Die Wahl war notwendig geworden, nachdem sie wegen mehrerer Unregelmäßigkeiten im Sommersemester für ungültig erklärt worden war. An der Wahl beteiligten sich 45,6 Prozent (SS: 45,3). Stärkste Gruppe blieb die „Aktion 67", die 14 Sitze gegenüber 16 Sitzen im SS erhielt. Der SDS errang sechs Sitze gegenüber fünf im SS, der Sozialdemokratische Hochschulbund vier gegenüber fünf, die Humanistische Studenten-Union drei gegenüber vier, der LSD einen (unverändert), der Kritische Unabhängige Kandidatenkreis sechs (im SS noch nicht vertreten) und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten zwei (vorher keinen) Sitze. Außerdem wurden 14 unabhängige Kandidaten gewählt. Im SS waren es 18.

Einige Studenten sehen die Möglichkeit, den langjährigen AStA-Vorsitzenden Klaus Läpple zu stürzen. Läpple soll sich, seinem Hauptgeschäftsführer Burkhard Schulz und einer Studentin eine Reise nach Israel genehmigt haben, ohne einen ersichtlichen Auftrag. Ein Teil des AStA ist zurückgetreten. „Das stinkt verdammt nach persönlicher Bereicherung", erklärte der 2. Vorsitzende Niederbröcker.

Unechter Lübke?

MAINZ (dpa) — Meinungsverschiedenheiten zwischen Rektor und Studentenschaft der Universität Mainz entstanden um eine vom SDS geplante Ausstellung mit Ostberliner Material über die „braune Vergangenheit" von Bundespräsident Heinrich Lübke und Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger. Der Rektor hatte einen Antrag auf Zurverfügungstellung von Räumen mit der Begründung abgelehnt, es widerspräche den Grundsätzen eines demokratischen Staates, das gewählte Staatsoberhaupt öffentlich zu verunglimpfen. Auch lasse sich der Verdacht nicht ausschließen, daß die Ausstellung Dokumente enthalte, deren Unechtheit von Experten erwiesen worden sei. Der AStA Mainz und der SDS warfen daraufhin dem Rektor vor, er übe auf administrativem Wege eine Zensur aus. Als der AStA die Ausstellung in seinem Zeitschriftenraum zeigte, wurde er vom Rektor vergeblich angewiesen, die Ausstellung zu schließen.

JURISTISCHE LEHRGÄNGE
ALPMANN UND SCHMIDT
44 Münster, Postfach 3

Wir führen seit Jahren einen
Klausurenkurs
durch.
Wöchentlich drei Examensklausuren (BGB, StGB, öffentliches Recht) mit Musterlösungen nach dem neuesten Stand von Rechtsprechung und Literatur.
Preis: DM 18,50 ohne Korrektur,
DM 29,50 mit Korrektur.
Sie haben die Möglichkeit, einen Monat kostenlos an unserem Klausurenkurs teilzunehmen.

In unseren
Skripten
werden an Hand von Fällen die wichtigsten Rechtsgebiete behandelt. Zur Zeit sind lieferbar:

BGB AT (Neuauflage Dezember 1967)	DM 34,—
SchuldR AT (2 Hefte)	DM 16,—
SchuldR BT I	DM 16,30
SchuldR BT II	DM 9,—
SachenR (3 Hefte)	DM 42,—
FamilienR	DM 11,60
ErbR	DM 14,60
StrafR AT	DM 30,—
VerwaltungsR (Neuauflage Dezember 1967)	DM 36,50
ZPO	DM 18,20

Sie können sich ein Skriptum 14 Tage unverbindlich zur Ansicht zukommen lassen.

Der Kritische Blick allein genügt nicht!

SIE BRAUCHEN AUCH DEN FACHMANN-SIE BRAUCHEN
KEIL & KATH
TEPPICHE UND GARDINEN
BOCHUM, BONGARDSTR. 24/28

Gegendarstellung

(gem. § 11 LandespresseG NRW)

Die in der BSZ Nr. 17 vom 16. 1. 1968 in den Artikeln „Vorstandswahl als Klassenkampf" und „Endlich eine Dame im Vorstand" veröffentlichte Darstellung von den Vorgängen um die letzte AStA-Wahl bedürfen in folgenden Punkten einer Richtigstellung:

1. Es ist unrichtig, daß mich „der SHB zwang, meine Kandidatur zurückzunehmen".

Richtig ist: Der Unwillen einiger SHB-Mitglieder hatte auf meinen Entschluß, im dritten Wahlgang nicht mehr zu kandidieren, keinen Einfluß. Vor den ersten beiden Wahlgängen, in denen mir die Abgeordneten mehrheitlich das Vertrauen aussprachen, habe ich dem Parlament in einem Schwerpunktprogramm die Vorstellungen des von mir vorgeschlagenen Teams vorgetragen (abgedruckt im Protokoll der 8. ordentlichen Sitzung des Parlaments).

Nachdem mir Herr Friedel nach den ersten beiden Wahlgängen plötzlich mitteilte, er wolle nicht mehr in unserem Team mitarbeiten, war nach übereinstimmender Auffassung von Herrn Mackenthun, Herrn Versteyl und mir die Realisierung unseres Schwerpunktprogramms nicht mehr gewährleistet. Wir kamen daher überein, im dritten Wahlgang nicht mehr zu kandidieren.

3. Es ist unrichtig, jedenfalls hinsichtlich meiner Person, daß in der den ersten beiden Wahlgängen folgenden SHB-Versammlung „Breland und Friedel Selbstkritik übten und ihre Kandidaturen zurückzogen". Richtig ist vielmehr, daß ich dem SHB die Gründe für meine Kandidatur und für die Zusammensetzung des von mir vorgeschlagenen Teams vortrug. Nachdem ich feststellen mußte, daß in der hierauf folgenden Debatte keine sachliche Auseinandersetzung mehr möglich war, habe ich die Versammlung verlassen.

Michael Breland

Studienkreis Film

Der Studienkreis Film zeigt im normalen Programm: **Mittwoch, 31. 1. 1968** (18 und 20 h. ct.), Cary Grant, Eve Mary Saint, James Mason, in: Alfred Hitchcocks Farbfilm **„Der unsichtbare Dritte"** (USA 1959). Durchschnittlicher Filmamerikaner, gut aussehend und millionenschwer, verliert in einem mordreichen und mordsspannenden Agentenkrimi seine Identität, findet dafür good-bad-girl Eve (Hitchcock-frustrierte Blondine) auf Präsidentenköpfen und Schlafabteilbetten.

Mittwoch, 7. 2. 1968 (18 und 20 h ct.), Henry Fonda, Linda Darnell, Victor Mature in John Fords Spitzenwestern **„My darling Clementine"** (USA 1946)

Die Geschichte der schießgewaltigen Spieler und Killer Wyatt Earp und Doc Holliday (der seine Zahnarztpraxis gegen den Roulettetisch eintauschte) verklärt zu einer Legende der Tapferkeit und Loyalität, in der in den Annalen des Westens „berühmtesten Schießerei in der Geschichte der Grenze", im „gunfight at O. K. Corral" gegen die Terrorgang des outlaws, Old Man Clanton, die Leichen aller Art hinterläßt. Neben dieser Saga, die Ford für „The true story of the West" hielt, findet der tugendhafte Kampf einer zwecks Imports viktorianischer Kulturgüter auf den Lehrstuhl der Dorfschule berufenen Krankenschwester gegen des lieben Tombstones Pokerspiel-Saloon mit seinen Wildwestnutten und Heldenflittchen statt.

Horst Peter Kasper

Arbeiterliteratur

BOCHUM. (BSZ) — Für Donnerstag, den 8. Februar 1968, kündigt das „Forum Politikum", unterstützt vom HBK und SHB, eine große Podiumsdiskussion über „Politische Dimension einer Arbeiterliteratur heute" an

Lähmende Legitimität

MANNHEIM, (dpa) — Die Universität Mannheim wies den Entwurf für ein neues Hochschulgesetz des Landesverbandes Baden-Württemberg des VDS „kategorisch als Ganzes" zurück. Der Rektor der Hochschule, Professor Dr. Rudolf Wildenmann, erklärte in einem Schreiben an den baden-württembergischen Landtagspräsidenten, der Entwurf entspreche einem rätesyndikalistischen Konzept und werde die Hochschule im Falle seiner Verwirklichung als eine wissenschaftliche Körperschaft lähmen. Der Entwurf sei im übrigen als das „Ergebnis einer kleinen, nicht legitimierten Gruppe von „Privatpersonen" zu betrachten. An der Ausarbeitung waren der VDS-Landesvorsitzende Siegfried de Witt sowie Vertreter des Verbandes Wissenschaftlicher Assistenten und der Mittelbauvereine beteiligt.

Nicht nur für Männer!

Für alle Kenner

FIEGE PILS

BRAUEREI MORITZ FIEGE BOCHUM SEIT 1878

Revolutionärer Kampf unvermeidlich

Zum theoretischen Konzept der „Entwicklungshilfe" – Kritik an Bochumer Tagung

Vom 16. bis 19. Januar fand, wie gemeldet, an unserer Universität eine Arbeitstagung mit dem Thema „Deutsche und amerikanische Bemühungen beim Aufbau der Entwicklungsländer" statt. Neben dem hiesigen Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik traten das Institut für Internationale Technische und Technisch-Wirtschaftliche Zusammenarbeit der TH Aachen und das US-amerikanische Generalkonsulat in Düsseldorf auf. Neben Experten aus beiden Ländern waren auch einige Vertreter aus den unentwickelten Gesellschaften erschienen — in der Mehrzahl Mitglieder von in Bonn akkreditierten Botschaften und Missionen. Der folgende Beitrag setzt sich kritisch mit den auf dieser Tagung vorgelegten Konzepten über die „Entwicklungshilfe" auseinander; er tut das in grundsätzlicher Absicht. (Bei der Neigung zur Personalisierung von Konflikten hierzulande muß ausdrücklich betont werden, daß der Beitrag nicht um einer Polemik willen gegen die Veranstalter geschrieben worden ist.) Sein Verfasser, Hector Silva Michelena, ist Professor für Nationalökonomie an der Universidad Central de Venezuela und Co-Direktor des Instituts für ökonomische und soziologische Forschung. Prof. Silva Michelena befindet sich zur Zeit auf einer Europa-Reise; er hat an der Bochumer Tagung teilgenommen. Seine grundsätzlichen und kritischen Überlegungen scheinen uns höchst bedenkenswert. — D. Red.

Das theoretische Konzept der „Entwicklungshilfe" ist dem ökonomischen und soziologischen Denken der bürgerlichen Sozialwissenschaftler und Politiker eng verbunden. Daher leidet es an allen Verzerrungen, die die in den „industriellen Gesellschaften" entwickelten Theorien über die Ursprünge der Unterentwicklung kennzeichnen.

Nach meiner Meinung ist der schwerwiegendste Vorwurf, den man vom theoretischen Standpunkt aus gegen alle Konzepte ins Feld führen kann, die in die Feststellung münden, Unterentwicklung könne durch sogenannte Auslandshilfe überwunden werden, darin zu sehen, daß solche Vorstellungen die tatsächliche Natur der Unterentwicklung völlig falsch interpretieren. In der Tat fassen sie das Problem der Rückständigkeit ins Auge, als sei sie eine Phase im Entwicklungsprozeß, ein „natürliches" Stadium, das die rückständigen Länder durchschreiten müssen.

Das bedeutet, daß das Problem der Unterentwicklung in totaler Isolierung vom fortgeschrittenen Kapitalismus gesehen wird. Nun lehrt jedoch die Geschichte, daß die Unterentwicklung nicht eine Phase eines Entwicklungsprozesses ist, sondern durch die koloniale und neokoloniale Ausbeutung eines Teils der Welt hervorgebracht wurde. Der Kapitalismus formte zum ersten Male eine wirkliche Weltmarktwirtschaft, und die unentwickelten Länder sind ein integraler Teil dieses Marktes. Der Weltmarkt und seine Institutionen funktionieren in der Weise, daß sie ständig die Rückständigkeit und wirtschaftliche Abhängigkeit der unentwickelten Nationen reproduzieren. Das theoretische Konzept, von dem hier die Rede ist, ist tatsächlich nicht in der Lage zu erklären, warum der Kapitalismus in einem relativ kleinen Teil des kapitalistischen Weltsystems ein schnelles Wachstum hervorbringt und zur gleichen Zeit das Wachstum der Produktivkräfte in der übrigen kapitalistischen Welt drastisch einschränkt.

Werfen wir einen kurzen Blick auf einige Fakten und Zahlen, um die Dinge klarer zu sehen! Es wird allgemein gesagt und akzeptiert, daß das wichtigste Problem, dem sich unsere lateinamerikanischen Länder gegenüberstehen, ihr chronischer Mangel an Kapital und Ersparnissen darstellt; das sei eine Folge des niedrigen Einkommensniveaus. Daraus wird gefolgert, daß die Hilfe der reichen Länder die Kapitalbildung in unseren Ländern begünstige und so die Wachstumsrate steigen lasse. Man wird sicher erstaunt sein, wenn ich feststelle, daß das, was heute geschieht, genau das Gegenteil dessen ist, was — nach Meinung jener Theoretiker — geschehen sollte: Tatsächlich „helfen" wir den USA bei ihrer Entwicklung und Kapitalbildung.

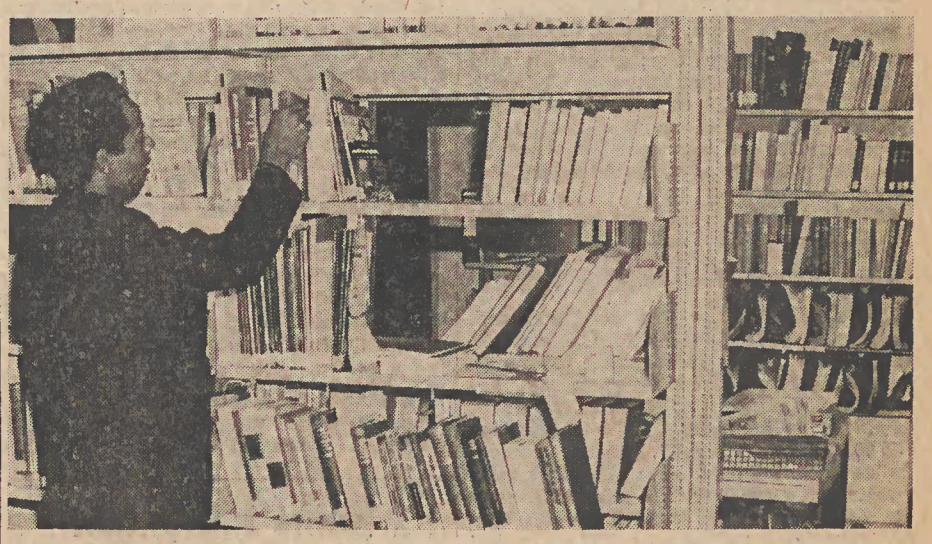
Die Vereinten Nationen haben folgende Zahlen bekanntgegeben: Während der 17 Jahre von 1946 bis 1962 erreichte das aus dem Ausland (vornehmlich den USA) nach Lateinamerika einfließende Kapital die Summe von 13 Milliarden Dollar, während der Abfluß des Einkommens, das durch dieses Kapital verdient wurde, 17 Milliarden Dollar betrug; das bedeutet für Lateinamerika eine negative Bilanz von 4 Milliarden Dollar. Auf der anderen Seite erreichten die Profite ausländischer Unternehmen die Höhe von 14,6 Milliarden Dollar, während der Netto-Kapitalimport für diese Gesellschaften nur 8,1 Milliarden Dollar betrug; das zeigt die für Lateinamerika wiederum negative Bilanz von erstaunlichen 6,5 Milliarden Dollar.

Wie man sehr wohl weiß, fließt der Hauptteil dieses „Einkommens" in die USA. Wenn wir in Rechnung ziehen, daß die Kapitalbilanz zwischen den USA und den europäischen Ländern für die letzteren positiv ist (d. h. mehr Kapital in sie hereinals aus ihnen herausfließt), sehen wir die groteske, aber tatsächliche Lage, daß die rückständigen, an Kapital- und Ersparnismangel leidenden Länder Lateinamerikas gegenwärtig auf dem Wege über die USA die europäische Entwicklung finanzieren. Dies erlaubt uns die Frage: Wer profitiert von der „Entwicklungshilfe"?

Ich könnte noch mehr Tatsachen darlegen, will mich aber damit begnügen festzustellen, daß Chile 30 Prozent und Venezuela 50 Prozent ihrer potentiellen Nationaleinkommen verlieren. Die Ursachen für diese unglaublich hohen Verluste liegen in der strukturellen Unterentwicklung; sie bedeutet Ausbeutung, ökonomische Abhängigkeit, „Allianz für den Fortschritt ... der USA". Man muß sagen, daß die jeweiligen herrschenden Klassen der einzelnen Länder und ihre Regierungen keinen echten Nationalismus und Patriotismus aufweisen und daß ihre Interessen mit denen des Imperialismus verzahnt sind.

Nach meiner und der Meinung vieler Menschen in Lateinamerika und in anderen unentwickelten Ländern gibt es keine mögliche „Hilfe", die Unterentwicklung zu überwinden. Der Anstoß zu Entwicklung und Freiheit kann nur durch die soziale Revolution erfolgen, eine Revolution, die einen völligen strukturellen Wandel mit sich bringt; dieser würde erst die Mobilisierung unseres potentiellen Surplus erlauben und seine Verwendung im Interesse unserer Völker ermöglichen. Nur der Sieg der Revolution kann unsere Länder aus der Sackgasse herausführen, in die wir durch den Imperialismus hineingestoßen worden sind. Und wir sind — bei realistischer und vernünftiger Einschätzung der Lage — davon überzeugt, daß — wie groß auch immer die Schwierigkeiten des revolutionären Kampfes, die zeitweiligen Rückschläge oder die Wogen aus Konterrevolution oder Verrat sein mögen — der schließliche Sieg unserer proletarischen Nationen unvermeidlich ist.

Hector Silvia Michelena



Die Bibliothek des Instituts für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik: Die Wissenschaft als Dienerin kapitalistischer Politik?

Neuer SDS-Vorstand

BOCHUM. (BSZ) — Die Hochschulgruppe des SDS wählte am 11. Januar ihren neuen Vorstand. 1. Vorsitzender wurde H. Taubert, 2. Vorsitzender Hans Weber, 3. Vorsitzender Hans Schlegel, Kassierer H. Kopp. Der SDS Bochum hat seit drei Wochen mit seiner Projektgruppenarbeit begonnen, und zwar sind dies: a) Notstand der Demokratie, b) Hochschulpolitik, c) Lage der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet. Interessenten werden gebeten, die Termine am Schwarzen Brett nachzulesen.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trispher

Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar · unzerbrechlich

BRILLEN Hagemann SÜDRING 20

MOSKAU – ein „Blow up"?*

Grihamarstoelen, Val d'Isère, Valloire, Chopok (Tatra), Cortina d'Ampezzo, Canazei, Falcade

Geigeralm, Lavaze, Moena, Martelltal, Davos, St. Moritz, Lech (Vorarlberg)

Polen – Sowjetunion
Bahn-/Flugreise, Warschau — Leningrad — Moskau, 15 Tg. Vollpension DM 595,–

England, London – Oxford
Busreise, 6 Tg. Halbpension . . . . . DM 138,–

Balkanländer
Bus-round-tour, 15 Tg. Halbpension . . . . . DM 598,–

Rhodos, Riva (Gardasee), Korsika, Costa del Sol

St. Raphael, Mallorca, Teneriffa, Portugal (Algarve)

Fordern Sie dreist das neue Sommerprogramm 1968 an!
* Prüfen Sie es doch selbst

DEUTSCHER STUDENTEN-REISEDIENST
AUSLANDSSTELLE DES DEUTSCHEN BUNDESSTUDENTENRINGES GMBH
5300 Bonn - Dietkirchenstraße 30 - Telefon 3 10 11

... gleich neben der Mensa IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER
463 BOCHUM-QUERENBURG
Lennershofstraße 70 - Ruf 51 13 60

In allen Geldfragen
Bank für Gemeinwirtschaft

Niederlassung Bochum · 463 Bochum, Huestraße 30 · Telefon 60701-10
Zweigstellen: Gerthe, Hofstede, Langendreer

Contributions are welcome

Die RU hat eine literarische Zeitschrift

Zwei Flaschen Bier kosten mehr als TOUCH, die neue literarische Zeitschrift für Bochums Studenten. Zwei Flaschen Bier sind zwar nicht zu verachten, aber TOUCH auch nicht: Bewußt international, nach Querenburger Art hat TOUCH neben dem Bochumer Studenten Andreas Weiland noch einen anderen Herausgeber, Steven Diamant, der einen einen Teil der Auflage in Philadelphia (USA) verkauft. Zwei Brasilianer (Dante Milano, C. D. de Andrade) und der griechische Autor Minas Dimakis sorgen dafür, daß TOUCH schon in der ersten Ausgabe aus dem Geruch und über das Niveau einer „Lokalzeitung" hinauskommt.

Der Bochumer Herausgeber hat die Arbeiten der Beiträger zum Teil ins Deutsche und immer ins Englische übersetzt, möglichst textnah. Das kann und soll das philologische Interesse des Lesers wecken, ist aber darüber hinaus für den nordamerikanischen Leserkreis unbedingt notwendig. So findet sich das Gedicht „Imagem" von Dante Milano dreimal im Heft, einmal im (brasilianischen) Original, zweimal in Übersetzungen (englisch und deutsch). Selbst wenn dieses Gedicht in seiner strukturellen und gehaltlichen Simplizität zu den eher entbehrenswerten Beiträgen gehört, kann es so doch eine Plattform philologischer Diskussion abgeben. Dagegen sind die Gedichte von Minas Dimakis nicht zu entbehren, noch in der Übersetzung muß man ihnen Originalität bestätigen.

Zwei etablierte deutsche Autoren unterstützen TOUCH durch die Erlaubnis zum Abdruck ihrer Arbeiten und zur Übersetzung ins Englische: Johannes Poethen, der feste Strophen aus seinem „Labor der Träume" bereitstellte, und Reinhard Baumgart, dessen VOLKSENTSCHEID wohl eines der besten aus jener großen Anzahl von „Vietnam-Gedichten" ist, die jetzt erscheinen. Die sorgfältige Übersetzung ins Englische, die Weiland der deutschen Fassung dieses Gedichtes hinzufügt, wird dem kleinen amerikanischen Leserkreis besonders willkommen sein. VOLKSENTSCHEID ist das engagierteste Gedicht des Heftes, wohl deshalb auch das formal geglückteste. Man wünschte sich für die Zukunft in TOUCH mehr solche „aneckende" Beiträge, nicht nur „berührende".

Der Bochumer Herausgeber, der aus seiner eigenen Produktion drei Versuche beisteuerte, hat der ersten Nummer von TOUCH ein programmatisches Vorwort beigegeben, in welchem er formuliert, was TOUCH einmal werden soll: ein Versuch, den Wörtern ihre Freiheit zu erhalten angesichts der Anfälligkeit der herkömmlichen Sprache, die nicht mehr der Freiheit dienen kann, auf direktem Wege.

Das ist nun zwar nicht mehr ganz neu, scheint auch für eine kleine studentische Publikation ein zu großer Anspruch zu sein. In Wirklichkeit aber ist es ein Ziel, das den ehrt, der es anzustreben sucht; und selbst wenn dieses Ziel nicht erreicht wird, sollten die Versuche zur Annäherung an jenes Ziel wohl unterstützenswert sein. Je mehr sich an solchen Annäherungsversuchen beteiligen, desto besser wird es um die Sache stehen, deshalb bitten die Herausgeber: Contributions are welcome!

Das erste Heft brachte ausschließlich Lyrik, im zweiten soll auch Prosa zur Diskussion gestellt werden: in TOUCH, der neuen literarischen Zeitschrift für Bochums Studenten. Sie kostet weniger als zwei Flaschen Bier.

Ulrich Böhme

Aufgeschnappt

„Die Sperrminorität ist das Ende der deutschen Universität" — (Zwischenruf Zimmermanns: „... der jetzigen Universität") — „das ist Bilderbuchdenken. Ich bin weiterhin der Meinung, daß Ordinarien in allen drei Bereichen — Forschung, Lehre, Studium — kompetenter sind, als alle durchschnittlichen der Studenten zusammen!"

(Prof. Heckhausen während der Podiumsdiskussion am 24. Januar)

*

„Bildung muß in der Meinung der Öffentlichkeit ihren Charakter als Luxusartikel verlieren."

(„Sozialdemokratische Perspektiven im Übergang zu den siebziger Jahren")

*

Bundesminister Stoltenberg meinte, das Vorgehen der linksradikalen Studentengruppen enthülle deren antidemokratische Tendenzen. Bestürzend sei die ... Abkehr vom Rechtsdenken und der sittlichen Wertordnung des freiheitlichen Staates und Gesellschaftssystems, das Ressentiment gegen die westlichen Gemeinschaften und Verträge und die unkritische Verherrlichung totalitärer Ideen und Gewaltsysteme. Der Linksradikalismus stärke in der Gegenreaktion rechtsextreme Tendenzen in einer bedenklichen wechselseitigen Eskalation.

tion. (dpa)

Studentenwerk neu organisiert

BOCHUM. (BSZ) — Das Studentenwerk Bochum e. V., die betriebliche Selbsthilfeeinrichtung der Studentenschaft (Fahrschule, Kranken- und Unfallversorgung, Sozialfonds), dessen Haushaltsplanentwurf für 1968 in Einnahmen und Ausgaben 735 601,68 DM ausweist, wurde an der Spitze neu organisiert. Ein Verwaltungsrat entscheidet über die langfristigen Tätigkeiten des Vereins. In ihn wählte das Studentenparlament Professor Külp (Institut für Sozialpolitik), Assessor Mittelviefhaus (Direktor der Deutschen Bank in Bochum), die Studenten Süßmilch (AStA-Vorsitzender 1966), Wenzel (Sozialdemokratischer Hochschulbund) und Genß (Bund Deutscher Volks- und Betriebswirte). Der Kanzler der Ruhr-Universität gehört dem Verwaltungsrat laut Satzung an.

Die laufenden Geschäfte zu führen hat das SP Peter Schultz (Geschäftsführender Vorsitzender) und Ulrich Dröge gewählt. Der Vorsitzende der Studentenschaft (z. Z. Reinhard Zimmermann) ist jeweils zugleich Mitglied des Vereinsvorstandes. Die Satzung sieht außerdem die Bildung eines Kuratoriums aus den natürlichen fördernden Mitgliedern vor.

Olympia
Schreibmaschinen
Sonderangebote - Miete - Mietkauf
WYWIAS- Bochum - Südring 19

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage der Fa. Weiser bei.

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität.
Auflage: 7000 Exemplare
Vorsitzender: Reinhard Zimmermann
Redaktion: Ulrich Dröge und Rolf Hüper
Anzeigenleitung: Christine Schipplick
Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstr. 66 (Ruhr-Universität), Telefon 51 18 55
Bankverbindung: Westfalenbank AG, Konto-Nr. 906 859
Druck und Klischees: Laupenmühlen & Dierichs, Bochum, Hüttenstraße 3–5, Telefon 3 30 43.

Der Sieg des Peter Lilienthal

Filmwochenende – ein voller Erfolg

Zwar kamen nicht alle gemeldeten Gäste — die Podiumsdiskutanten Günter Herburger und Hilmar Hoffmann mußten wegen Grippe absagen —, aber es war vor allem wohl der Name Lilienthal, der sich als genug attraktiv erwies, um Filmleute und Presseleute, Verleihe und Verlage zu mobilisieren. Selbst der SPIEGEL, der eine Lilienthal-Story plant, nutzte die Gelegenheit, den Regisseur kennenzulernen. (Teilnehmer aus der Professorenschaft: 1.)

Und die Fernsehfilme kamen an. Auf der Leinwand und im Publikum. Die Streifen, die ja „für den Kasten" gemacht sind, überstanden die Großprojektion auf die Kinoleinwand unbeschadet, ja es erwies sich bei manchen Streifen sogar eine besondere Kino-Wirksamkeit.

Das Publikum ging mit durch ein Mammutprogramm von 10 Filmen, von der bejubelten „Seraphine" bis zum „Verbrechen mit Vorbedacht", das auf vielfachen Wunsch am Montag wiederholt werden mußte.

Eine 90seitige Dokumentation, die die Nächte einiger Filmclub-Mitglieder fraß, wurde noch im letzten Moment fertig.

„Wenn der AStA so eine Organisation hätte, hätte er schon längst die Universität übernommen", witzelte jemand.

In die Podiumsdiskussion im Haus Michael (Teilnehmer: Frau Gunthild Bläsing vom Studienkreis Film, Dr. P. W. Jansen und Peter M. Ladiges, beide Südwestfunk und „Filmkritik", Leitung: Ulrich Kurowski) stieg der Regisseur gleich mit vollen Segeln ein. Die Diskussion drehte sich nicht zuletzt um die gesellschaftspolitische Relevanz seiner Filme. Lilienthal, dem man schon schlicht und einfach „asoziales Künstlertum" vorgeworfen hat, spielt politische Probleme und Verhaltensweisen auf die Individual-Ebene herab. Seine Eigenart, „nicht böse zu sein" zu seinen Figuren, wird dabei oft als „unpolitisch" mißverstanden. Allein der Akt des Zeigens armer, beschränkter Menschen in einer Umweltsituation, mit der sie nicht fertig werden, dürfte sich als Akt durchaus politischen Charakters entpuppt haben.

Lilienthal will wiederkommen. Er hat dem Studienkreis Film die Uraufführung seines Films „Tramp — Der Weg nach K." noch vor dem Sendetermin zugesagt.

Fe

Nachrichten aus der Universität

Am 13. Januar 1968 wurde Dr. Friedrich Landwehrmann, Wiss. Assistent am Institut für Soziologie der Ruhr-Universität Bochum, von der Fakultät der Abteilung für Sozialwissenschaft die venia legendi für das Fach „Soziologie" verliehen. Die Habilitationsschrift von Dr. Landwehrmann, der anläßlich der Eröffnung des übergreifenden Instituts für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik im November 1967 einen Vortrag über Mobilitätsprobleme im Ruhrgebiet gehalten hatte, hat das Thema „Industrielle Führung unter fortschreitender Automatisierung" zum Gegenstand. Es handelt sich um die erste Habilitation, die die Fakultät der Abteilung für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität durchgeführt hat.

*

Privatdozent Dr. Peter Weber-Schäfer, München, hat vom Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen einen Ruf auf den Lehrstuhl für Politische Wissenschaft, unter besonderer Berücksichtigung der Politik Ostasiens, in der Abteilung für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum erhalten.

*

Privatdozent Dr. M. H. Zenk, München, hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Pflanzenphysiologie angenommen.

*

Für das Rechenzentrum der Ruhr-Universität Bochum wurde eine Datenverarbeitungsanlage T. R. 440 der Firma AEG/Telefunken bestellt. An dieser Rechenanlage sollen u. a. 30 Institute der Universität mit Fernschreibern angeschlossen werden. Weiterhin sollen etwa 25 ingenieurwissenschaftliche Versuche über die Anlage gesteuert werden. Es ist vorgesehen, diese Anlage am 2. Mai 1969 zu installieren.

Keine Prüfungen für Ausländer

BERLIN. (dpa) — Die FU Berlin hat alle fachlichen Leistungsprüfungen für ausländische Studenten eingestellt. Das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin, mit dem entschieden wurde, daß die weitere Zulassung ausländischer Studenten an der FU nicht von einer fachlichen Leistungsprüfung abhängig gemacht werden dürfe, ist rechtskräftig geworden. Das Rektorat der FU erklärte, die im Urteil aufgestellte Behauptung, daß befristete Zulassung mit der Wissenschaftsfreiheit nicht vereinbar sei, trage die Entscheidung nicht und binde die Universität nicht. Die Rechtsansicht des Gerichtes ist nach Auffassung des Rektorats unhaltbar.

Reise nach CSSR

Im Dezember vergangenen Jahres hielten sich Studentinnen und Studenten der philosophischen Fakultät Bratislava (CSSR) auf Einladung des Vorstandes der Studentenschaft in Bochum auf. Der Gegenbesuch einer Gruppe Ruhr-Studenten ist für den 1.—10. April geplant. Die Bochumer Gruppe soll aus 15 Studentinnen und Studenten bestehen. 10 Kommilitonen aus der CSSR werden in Bratislava hinzukommen.

Wir bitten alle Interessenten, sich an den Vorstand der Studentenschaft zu wenden. Der Unkostenbeitrag beläuft sich auf 150 bis 200 DM (Reisekosten/50 DM Anzahlung). Als Unterlage bei der Anmeldung bitte Reisepaß mitbringen!

WESTFALENBANK
IHRE BANK IN QUERENBURG
Zweigstelle Ruhr-Universität
Lennershofstr. 70
Tel.: 511315
Zweigstelle Bochum-Querenburg
Overbergstr. 7
Tel.: 511012
Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen.
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum
Huestraße 21-25

BSZ-Leser antworten

Slawistik – überschlagen oder unterschlagen?

In Ihrer Nr. 17 vom 16. Januar 1968 bringen Sie unter der Überschrift „Struktur der Studentenschaft" eine Aufstellung über die belegten Studienfächer, die von 1108 Studenten bis zu 1 (einem) Studenten reicht. Daraus möchte der oberflächliche Leser wohl Vollständigkeit schließen (insgesamt 27 Positionen), aber in Wirklichkeit haben Sie es mit der Information nicht so ganz genau genommen. Peinlich, daß Sie zwar Leibesübungen, nicht aber Musikwissenschaft genannt haben, die in der Statistik der Ruhr-Universität doch deutlich ausgewiesen ist (Statistik 210300/30 vom 20. Oktober 1967). Für mich besonders beunruhigend, daß auch die Slawistik für Sie nicht existiert, die — ihrer studentischen Frequenz nach — etwa den Leibesübungen nahesteht.

Es interessiert vielleicht Ihre Leser, daß die Slawistik durchaus kein Schattendasein führt, sondern seit dem WS 1965/66 das Interesse der Studenten gefunden hat. Es existiert, nebenbei bemerkt, auch eine eigene Fachschaft der Slawistik-Studenten, die sicher zu weiteren Auskünften bereit ist. Die Höflichkeit gebietet mir, hier auch der beiden ausländischen Gastdozenten Lektoren) des Seminars für Slawistik Erwähnung zu tun: Dr. B. Finka, wiss. Mitarbeiter der Jugoslawischen Akademie der Wissenschaften in Zagreb und Dr. J. Franěk, Dozent für russische Literatur an der Karls-Universität in Prag.

Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Johannes Holthusen

Die BSZ hatte in der vorigen Ausgabe die von der Pressestelle der Universität genannten Zahlen veröffentlicht. Darunter waren noch nicht die Hauptfachstudenten für Slawistik (25) und Musikwissenschaft (zehn) aufgeführt. *D. Red.*

Bezug: Artikel „Woher die Arbeitswut" in BSZ Nr. 17 vom 16. Januar 1968

Da man nie weiß, wie lange man noch Honnef bekommen wird, belegt man so viele Stunden wie nur möglich.

Wenn man nachträglich Honnef wieder entzogen bekommt, hat man wenigstens das Geld für die Vorlesungen gespart, da man das ja wohl nicht mehr zurückzuzahlen braucht.

Neben den Stunden nach dem Studienplan belegt man noch die Stunden, die man auch hören will!

Ferner braucht man für die Semester, nach denen man eine Leistungsprüfung ablegen will, nochmals etliche Vorlesungsstunden, über die man dann geprüft werden will!

(Anonym)

Kampf und Streik

FRANKFURT (dpa) — Mit der Androhung von Kampfmaßnahmen „zur Veränderung der Universität" endete eine von rund 1000 Studenten besuchte Podiumsdiskussion über die Godesberger Rektorenerklärung zur Hochschulreform. Studentische Sprecher verlangten den Rücktritt von Rektor und Senat sowie die Drittelparität der Studenten in den Hochschulorganen. Ein Sprecher des SDS schlug „Streikmaßnahmen" vor, u. a. die Nichtzahlung von Universitätsgebühren. Die heftige Diskussion hatte sich vor allem an einer Äußerung von WRK-Präsident Professor Rüegg entzündet, der in einem Schreiben an die Hochschulen zur Godesberger Rektorenerklärung ausgeführt hatte, die Grenze sei erreicht, „wenn die sogenannte Drittelparität von Lehrstuhlinhabern, Mittelbau und Studenten überhaupt ernstlich diskutiert wird".

Rüegg hatte in der Versammlung erklärt, eine Schließung der Universität komme nicht in Frage, solange der Vorlesungsbetrieb funktioniere.

Mit dieser attraktiven Reiseschreibmaschine werden Sie überall bewundert.

ADLER tippa S
Verkauf durch:
LOEWE
ADOLF LOEWE
BOCHUM
Kortumstraße 95 - Ruf 6 23 41

...auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer" sogar recht. Jeden Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt.

Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt!

Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.

Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 62, Telefon 2 04 01
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.-G. Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Telefon 6 05 46—48 oder Studentenwerk Bochum e. V., dienstags 12.00 bis 14.00 Uhr

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla

SPIELPLAN für die Zeit vom 30. Januar bis 15. Februar 1968

SCHAUSPIELHAUS

DIE FLEDERMAUS (G)	30. 1. (Di.), 6. 2. (Di.)
DIE HEIRATSKOMÖDIE	31. 1. (Mi.), 11. 2. (So.) 14. 2. (Mi.)
ROSENKRANZ UND GÜLDENSTERN	1. 2. (Do.)
WEEKEND IM PARADIES	2. 2. (Fr.), 4. 2. (So.), 10. 2. (Sa.), 12. 2. (Mo.), 13. 2. (Di.)
ORPHEUS IN DER UNTERWELT (G)	3. 2. (Sa.)
EIN IDEALER GATTE	5. 2. (Mo.), 8. 2. (Do.)
RIGOLETTO (G)	7. 2. (Mi.), 15. 2. (Do.)
SOLDATEN	9. 2 (Fr.)

KAMMERSPIELE

5. KAMMERKONZERT	1. 2. (Do.)
ÖDIPUS TYRANN	3. 2. (Sa.), 5. 2. (Mo.)
GASTSPIEL DES PANTOMIMEN SAMY MOLCHO	4. 2 (So.)
SOLDATEN	6. 2. (Di.), 7. 2. (Mi.), 8. 2. (Do.)
HALB AUF DEM BAUM	10. 2. (Sa.), 12. 2. (Mo.)
DAS FEUERWERK	11. 2. (So.), Premiere

Beginn der Vorstellungen: 20 Uhr, sofern nicht anders angegeben.
Karten für Studierende 50 % ermäßigt. Anrechtscheine auf Eintrittskarten sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.